



Bayerisches Ministerialblatt

BayMBI. 2022 Nr. 598

26. Oktober 2022

913-B

Richtlinien für die verkehrsrechtliche Sicherung von Arbeitsstellen an Straßen (RSA 21)

**Gemeinsame Bekanntmachung des Bayerischen Staatsministeriums für Wohnen, Bau und Verkehr
und des Bayerischen Staatsministeriums des Innern, für Sport und Integration**

vom 4. Oktober 2022, Az. 49-43345-4-2

Regierungen
Staatliche Bauämter mit Straßenbauaufgaben
Landratsämter
Bayerischer Gemeindetag
Bayerischer Städtetag

nachrichtlich

Präsidien der Bayer. Landespolizei
Präsidium der Bereitschaftspolizei
Fortbildungsinstitut der Bayer. Polizei
Fachhochschule für öffentliche Verwaltung und Rechtspflege in Bayern
Die Autobahn GmbH des Bundes, Niederlassung Südbayern
Die Autobahn GmbH des Bundes, Niederlassung Nordbayern

Anlage: Regelpläne D III / 2L-2BY bis D III / 6-6BY und D IV / 2L-1BY bis D IV / 6-1BY

1. Allgemeines

- 1.1 ¹Im Amtsblatt des Bundesministeriums für Digitales und Verkehr vom 15. Februar 2022 (Verkehrsblatt Heft 3 – 2022) wurde das Allgemeine Rundschreiben Straßenbau (ARS) Nr. 24/2021 vom 8. November 2021 (Az. StB26/7122.3/4-RSA/3524007) zur Bekanntgabe der Richtlinien für die verkehrsrechtliche Sicherung von Arbeitsstellen an Straßen (RSA 21) veröffentlicht. ²Die RSA 21 ersetzen nach langer Überarbeitungszeit die RSA 95.
- 1.2 Die Sicherung von Arbeitsstellen und der Einsatz von Absperrgeräten erfolgt nach der Allgemeinen Verwaltungsvorschrift zu § 43 Abs. 3 Anlage 4 Abschnitt 1 StVO nach den vom Bundesministerium für Digitales und Verkehr im Einvernehmen mit den zuständigen obersten Landesbehörden im Verkehrsblatt bekannt gegebenen Richtlinien für die Sicherung von Arbeitsstellen an Straßen, gegenwärtig also nach den RSA 21 (Fassung vom 8. November 2021, BAnz AT 15.11.2021 B1).
- 1.3 ¹Wir führen hiermit die RSA 21 in Bayern mit Bezug auf Bundesstraßen, Staatsstraßen, sowie die in staatlicher Verwaltung stehenden Kreisstraßen ein. ²Den Landkreisen, Städten und Gemeinden wird empfohlen, in ihrer Baulast die RSA 21 ebenfalls anzuwenden.
- 1.4 ¹Bisherige bayerische Erlasse und ministerielle Schreiben werden, soweit sie die RSA 95 betreffen, aufgehoben. ²Die zusätzlichen technischen Vertragsbedingungen und technischen Lieferbedingungen sind für die RSA 21 analog bis auf weiteres anzuwenden.
- 1.5 Die folgenden Abschnitte 2–8 gelten entsprechend den Zuständigkeiten nach Nrn. 1.2 und 1.3.

2. Übergangsregelung

- 2.1 ¹Bestehende Arbeitsstellen von kürzerer und längerer Dauer bleiben unberührt. ²Deren verkehrsrechtliche Sicherung erfolgt nach der bekannt gegebenen verkehrsrechtlichen Anordnung.
- 2.2 ¹Geplante Arbeitsstellen von kürzerer und längerer Dauer, deren Planungsstand bereits weit fortgeschritten ist, können ebenfalls noch nach RSA 95 gesichert werden. ²Ein fortgeschrittener Planungsstand kann bei Arbeitsstellen von längerer Dauer dann angenommen werden, wenn die Sicherung der Arbeitsstelle bereits zwischen Straßenverkehrsbehörde, Straßenbaubehörde und Polizei abgestimmt wurde.
- 2.3 ¹Neue Arbeitsstellen von längerer und kürzerer Dauer sind nach den Vorgaben der neuen RSA 21 zu planen. ²Als neue Arbeitsstellen gelten auch solche, bei welchen sich die Planung der verkehrsrechtlichen Sicherung noch in einer frühen Phase befindet, also noch nicht zwischen Straßenverkehrsbehörde, Straßenbaubehörde und Polizei abgestimmt wurde.

3. Hinweise zu den RSA 21

3.1 Arbeitsschutz

¹Es sollen die Maßnahmen unter Anwendung der Technischen Regeln für Arbeitsstätten (ASR) A5.2 Kapitel 4.3 Absätze 3 und 4 festgelegt werden, die für die Beschäftigten auf Straßenbaustellen und für Verkehrsteilnehmer gleichermaßen die größtmögliche Sicherheit gewährleisten. ²Von den Vorgaben der RSA 21 zur Mindestfahrstreifenbreite kann im Einzelfall bei besonderer örtlicher Situation und unter Berücksichtigung der „Handlungshilfe für das Zusammenwirken von ASR A5.2 und RSA bei der Planung von Straßenbaustellen im Grenzbereich zum Straßenverkehr (Ausgabe 2020)“ abgewichen werden. ³Ziel der Handlungshilfe ist es, die Regelungen der ASR A5.2 im Zusammenwirken mit den RSA nicht nur zu erläutern, sondern für mögliche kritische Grenzfälle allen Beteiligten Lösungsvorschläge unter Anwendung der ASR A5.2 aufzuzeigen.

3.2 Regelpläne

¹Die in den RSA 21 enthaltenen Regelpläne zeigen Standardfälle bei der Absicherung von Arbeitsstellen an Straßen. ²In den meisten Fällen sind jedoch über die in den Regelplänen enthaltenen Vorgaben weitere Regelungen notwendig. ³Hierfür sind unter anderem in den Regelplänen Auswahlmöglichkeiten im Textfeld vorgesehen. ⁴Diese Angaben sind durch die zuständige Stelle zu treffen und mit der Polizei und Straßenverkehrsbehörde abzustimmen. ⁵Bei der Vergabe von Leistungen im Rahmen von Ausschreibungen soll diese Abstimmung des Verkehrskonzeptes im Vorfeld der Angebotseinholung erfolgen. ⁶Gegebenenfalls sind hierfür noch weitere Unterlagen, wie Verkehrszeichenpläne bereitzustellen.

3.3 Arbeitsstellen auf zweibahnigen Straßen

Für Arbeitsstellen kürzerer Dauer können die bayerischen Regelpläne D III / 2L-2BY bis D III / 6-6BY und D IV / 2L-1BY bis D IV / 6-1BY im Zuständigkeitsbereich des Freistaates Bayern weiterhin angewendet werden.

3.4 Arbeitsstellen auf Geh- und Radwegen (Teil B Nr. 2.4)

¹Aus den Regelplänen B I/6, B I/17, B I/19, B II/5 und B II/6 geht hervor, dass eine Lichtsignalanlage (LSA) erforderlich wird, sofern ein Gehweg gesperrt werden muss und ein Notweg nicht möglich ist. ²Dem entgegen ist nach Teil B, Nr. 2.4.5 die Einrichtung von Überquerungshilfen zu prüfen. ³Wir empfehlen als Grundlage für die Beurteilung die Vorgaben der Richtlinien für die Anlage und Ausstattung von Fußgängerüberwegen (R-FGÜ) heranzuziehen. ⁴Hervorzuheben ist, dass die vorgegebenen Regelpläne einen Rahmen bilden und auf den Einzelfall abgestellte Änderungen und die Entwicklung von Verkehrszeichenplänen (Teil A Nr. 1.5 Abs. 3) erforderlich sind. ⁵Insbesondere die Regelpläne mit LSA sind immer den örtlichen und verkehrlichen Gegebenheiten anzupassen.

3.5 Nachtbaustellen

¹Nachtbaustellen kommen in Betracht, wenn das Verkehrsaufkommen bei Tage so hoch ist, dass der Betrieb einer Arbeitsstelle zu außerordentlich starken Behinderungen des Verkehrs führen würde. ²Erfordert die Arbeitsstelle eine Sperrung der Straße gegebenenfalls auch nur für bestimmte Fahrzeugarten, richtet sich die Einrichtung und Kennzeichnung einer Umleitungsstrecke nach den Richtlinien für Umleitungsbeschilderung, hilfsweise den „Richtlinien für verkehrslenkende Maßnahmen der Straßenverkehrsbehörden, der Straßenbaubehörden und der Polizei (Verkehrslenkungsrichtlinien)“.

4. Weitere Regelungen zu RSA 21

4.1 Überprüfung und Überwachung von Arbeitsstellen

¹Die Straßenverkehrsbehörde, die Straßenbaubehörde sowie die Polizei sind gehalten, die angeordneten Maßnahmen auf ihre Zweckmäßigkeit zu prüfen und die planmäßige Kennzeichnung der Verkehrsregelung zu überwachen. ²Dies kann sich im Allgemeinen auf Stichproben beschränken oder im Einzelfall entfallen, wenn nach den Umständen insbesondere aufgrund der bekannten Zuverlässigkeit des Unternehmers, eine ordnungsgemäße Ausführung gewährleistet erscheint. ³Die nähere Verfahrensweise, zum Beispiel für den jeweiligen Zuständigkeitsbereich ein Überprüfungs- und Überwachungskonzept aufzustellen, soll dazu zwischen den betroffenen Behörden abgesprochen werden.

4.2 Zeichen 615 – Fahrbare Absperrtafel

¹Die Regelpläne können alternativ auch durch die Verwendung des Zeichens 615 umgesetzt werden, da diese noch Bestandteil des derzeit gültigen Verkehrszeichenkataloges sind. ²Bei Neuanschaffungen ist jedoch darauf zu achten, dass diese dem Signalbild der Richtlinie (Zeichen 616) entsprechen. ³An unfallauffälligen oder unübersichtlichen Straßenabschnitten soll das Zeichen 616 Anwendung finden.

4.3 Zeichen 605 – Leitbaken

Die Regelpläne können alternativ auch durch die Verwendung des Zeichens 605, in Form von Schraffenbaken umgesetzt werden, da diese noch Bestandteil des derzeit gültigen Verkehrszeichenkataloges sind.

4.4 Absicherung Markierungsarbeiten

¹Die Hinweise zur Absicherung von Markierungsarbeiten der Deutschen Studiengesellschaft für Straßenmarkierungen (DSGS) können weiterhin angewendet werden. ²Diese können beim DSGS bezogen werden (dsgs.de/schriftenreihe-dsgs.html).

4.5 Zeichen 277.1 – Verbot des Überholens von einspurigen Fahrzeugen für mehrspurige Kraftfahrzeuge und Krafträdern mit Beiwagen

¹Mit der 54. Verordnung zur Änderung straßenverkehrsrechtlicher Vorschriften wurde das Zeichen 277.1 eingeführt: „*Wer ein mehrspuriges Kraftfahrzeug führt, darf ein- und mehrspurige Fahrzeuge nicht überholen.*“ ²Die VwV-StVO führt zu Zeichen 277.1 aus, dass es nur dort angeordnet werden soll, wo aufgrund der örtlichen Gegebenheiten, insbesondere aufgrund von Engstellen, Gefäll- und Steigungsstrecken oder einer regelmäßig nur schwer zu überblickenden Verkehrslage, ein sicherer Überholvorgang von einspurigen Fahrzeugen nicht gewährleistet werden kann. ³Es besteht somit keine Übereinstimmung zwischen dem Zeichen 277.1, der dazugehörigen Erläuterung, sowie der VwV-StVO zu Zeichen 277.1. ⁴Dieser Widerspruch muss mit der nächsten Novelle aufgelöst werden. ⁵Aus diesem Grund sollte das Zeichen 277.1 derzeit nur in begründeten Ausnahmefällen angeordnet werden.

4.6 Beleuchtung von Arbeitsstellen

¹Sofern Arbeitsbereiche von Arbeitsstellen beleuchtet werden, sind bis zur Fortschreibung der Zusätzlichen Technischen Vertragsbedingungen und Richtlinien für Sicherungsarbeiten an Arbeitsstellen an Straßen (ZTV-SA) nachstehende Regelungen in die entsprechenden Leistungsbeschreibungen von Bauverträgen aufzunehmen: „*Die Beleuchtungsanlage der Arbeitsstelle ist so auszulegen, dass Flimmern und Stroboskopeffekte vermieden werden.*“

Farbiges Licht ist nicht anzuwenden. Im Hinblick auf die Sicherheit der Verkehrsteilnehmer ist die Beleuchtungsanlage nach Möglichkeit im Bereich der vom Verkehr entfernten Fahrbahnbegrenzung zu positionieren. In Arbeitsstellen von längerer Dauer kann durch die Beleuchtungsanlage ebenfalls eine Beleuchtung des Verkehrsbereiches erzeugt werden. Wenn die mittlere Fahrbahnleuchtdichte des Verkehrsbereiches mindestens 0,75 cd/m² beträgt und die Beleuchtung in dunkler Umgebung endet, ist mithilfe von zusätzlichen Leuchten besonders am Ende der beleuchteten Arbeitsstelle eine Adaptionstrecke von mindestens 50 Meter vorzusehen. Um eine Blendung zu vermeiden, darf die Schwellenwerterhöhung maximal 15 Prozent innerhalb des Verkehrsbereiches betragen.“²Für Arbeitsstellen von kürzerer Dauer kann auf Messtechnik und auf Adaptionstrecken verzichtet werden.

5. Zuständigkeiten

- 5.1 ¹Die Anordnung von Verkehrszeichen und Verkehrseinrichtungen richtet sich an die für die Anbringung Verantwortlichen. ²Sie beinhaltet auch die an die Verkehrsteilnehmer gerichtete straßenverkehrsrechtliche Anordnung. ³Adressat dieser Anordnung ist derjenige, der sie vor Ort umsetzt und für die Unterhaltung verantwortlich ist.
- 5.2 ¹Seit 1. Januar 2021 ist auf den mit Zeichen 330.1 und 330.2 gekennzeichneten Autobahnen in der Baulast des Bundes das mit Organisationserlass vom 26. August 2018 (Verkehrsblatt S. 706) errichtete Fernstraßen-Bundesamt zuständig; es ist insoweit auch oberste Straßenverkehrsbehörde (siehe dazu insbesondere Nr. II der VwV zu § 44a StVO; Rn. 2, aber auch Nr. I der VwV zu § 45 Abs. 11 StVO; Rn. 73). ²Diese Übertragung hat ihre Grundlage in § 4 Abs. 1 FStrBAG.
- 5.3 Die Zuständigkeitsgrenze zwischen dem Bund (Fernstraßen-Bundesamt beziehungsweise Autobahn GmbH des Bundes) und dem Land (Straßenverkehrsbehörde und Straßenbaubehörden für das nachgeordnete Straßennetz) bestimmt sich nach der straßenrechtlichen Widmung; der straßenverkehrsrechtliche Standort der Zeichen 330.1 und 330.2 ist insoweit ohne Belang.
- 5.4 ¹Zur Klarstellung der Aufgabenwahrnehmung und Verantwortlichkeiten ist, wenn sich verkehrsrechtliche Anordnungen über Zuständigkeitsgrenzen hinweg auswirken können, vorher eine gegenseitige Abstimmung der Gesamtanordnung geboten. ²Dies betrifft regelmäßig die Verkehrsregelung an der Nahtstelle Bund/Land im Bereich von Anschlussstellen, aber auch geplante Umleitungen. ³Allerdings sind jetzt mindestens zwei Anordnungen erforderlich, nämlich von der Behörde nach Landesrecht für die betroffenen Straßen oder Straßenteile außerhalb der Autobahn und von dem Fernstraßen-Bundesamt oder der Autobahn GmbH für den Bereich der Autobahn (so bereits Amtliche Begründung in BR-Drs. 410/21 vom 12. Mai 2021, S. 116). ⁴Es wird in der Regel zweckmäßig sein, solche Anordnungen auf Grundlage gemeinsamer Unterlagen zu verfügen, in denen die Anordnungen der jeweils anderen Seite nachrichtlich vermerkt sind.
- 5.5 Für Bedarfsumleitungen für den Autobahnverkehr bleibt es bei der landesrechtlichen Zuständigkeit der Regierungen (Art. 5 Satz 2 ZustGVerk) und der Kostentragung für die blauen Bedarfswegweiser durch den Bund (§ 5b Abs. 2 Buchst. f StVG).

6. Schlussbestimmungen

- 6.1 Das Staatsministerium des Innern für Sport und Integration und das Staatsministerium für Wohnen, Bau und Verkehr behalten sich vor, weitere Anpassungen der RSA 21 durch gemeinsame Ministerialerlasse vorzunehmen.
- 6.2 Die Landratsämter werden gebeten, die kreisangehörigen Gemeinden als örtliche Straßenverkehrsbehörde und Straßenbaubehörde zu unterrichten.
- 6.3 Die Regierungen werden gebeten, dem Staatsministerium für Wohnen, Bau und Verkehr über die Erfahrungen im Vollzug der RSA 21 bis 1. Dezember 2023 zu berichten.

7. Inkrafttreten

Diese Bekanntmachung tritt mit Wirkung vom 1. Oktober 2022 in Kraft.

8. Bezugsmöglichkeiten

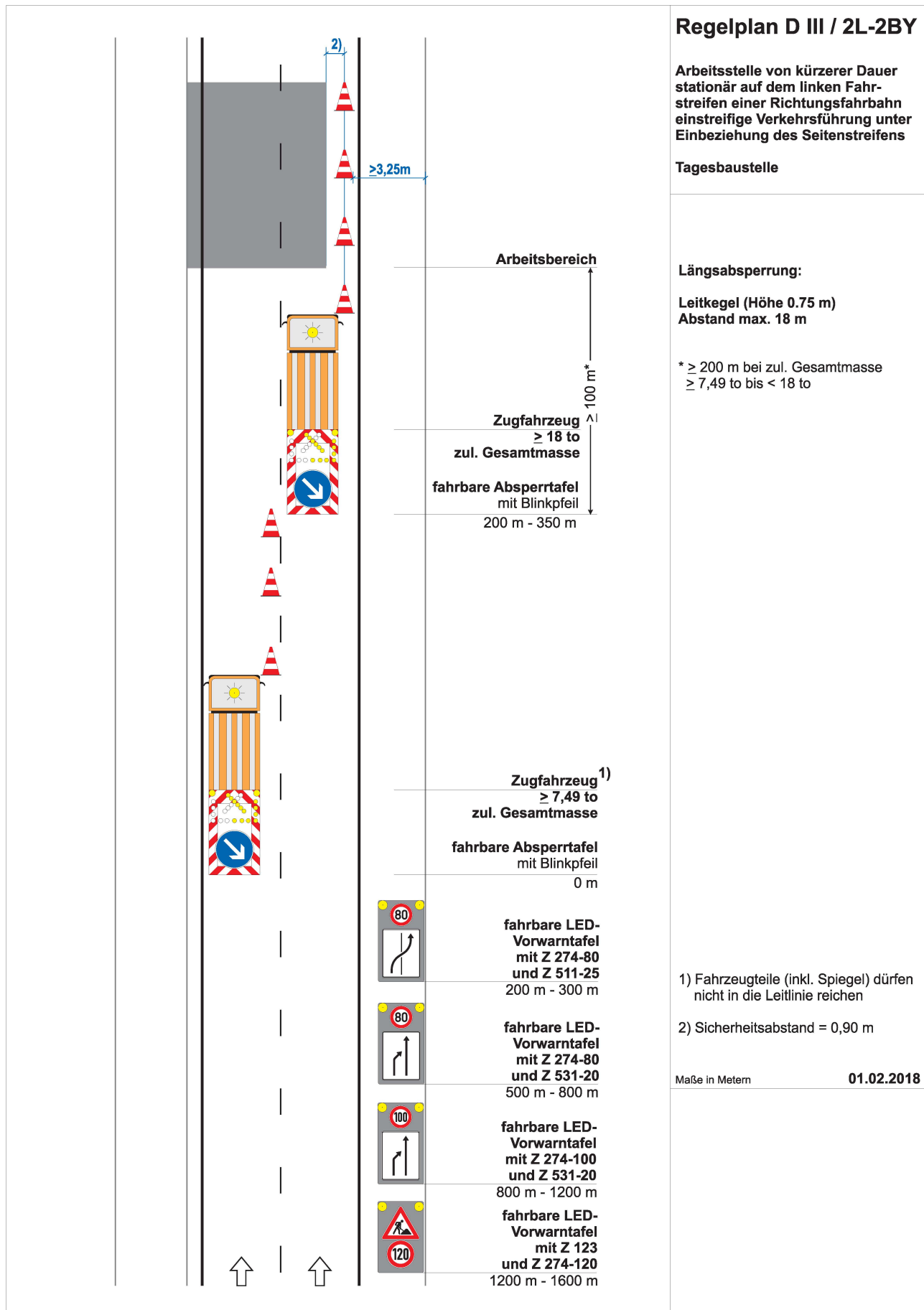
Die RSA 21 können beim FGSV Verlag, Wesselingener Straße 15–17, 50999 Köln bezogen werden (www.fgsv-verlag.de).

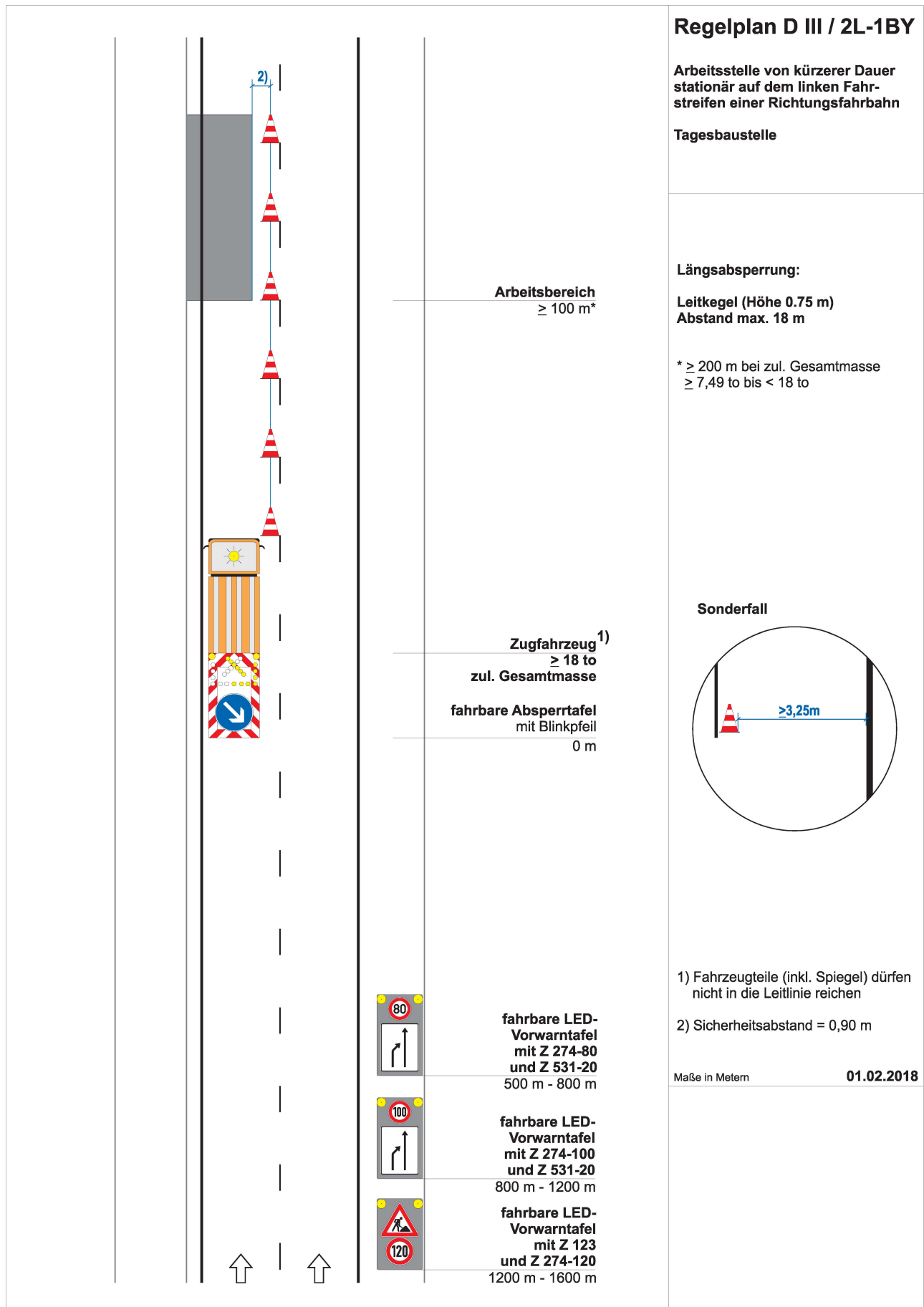
Bayerisches Staatsministerium
für Wohnen, Bau und Verkehr

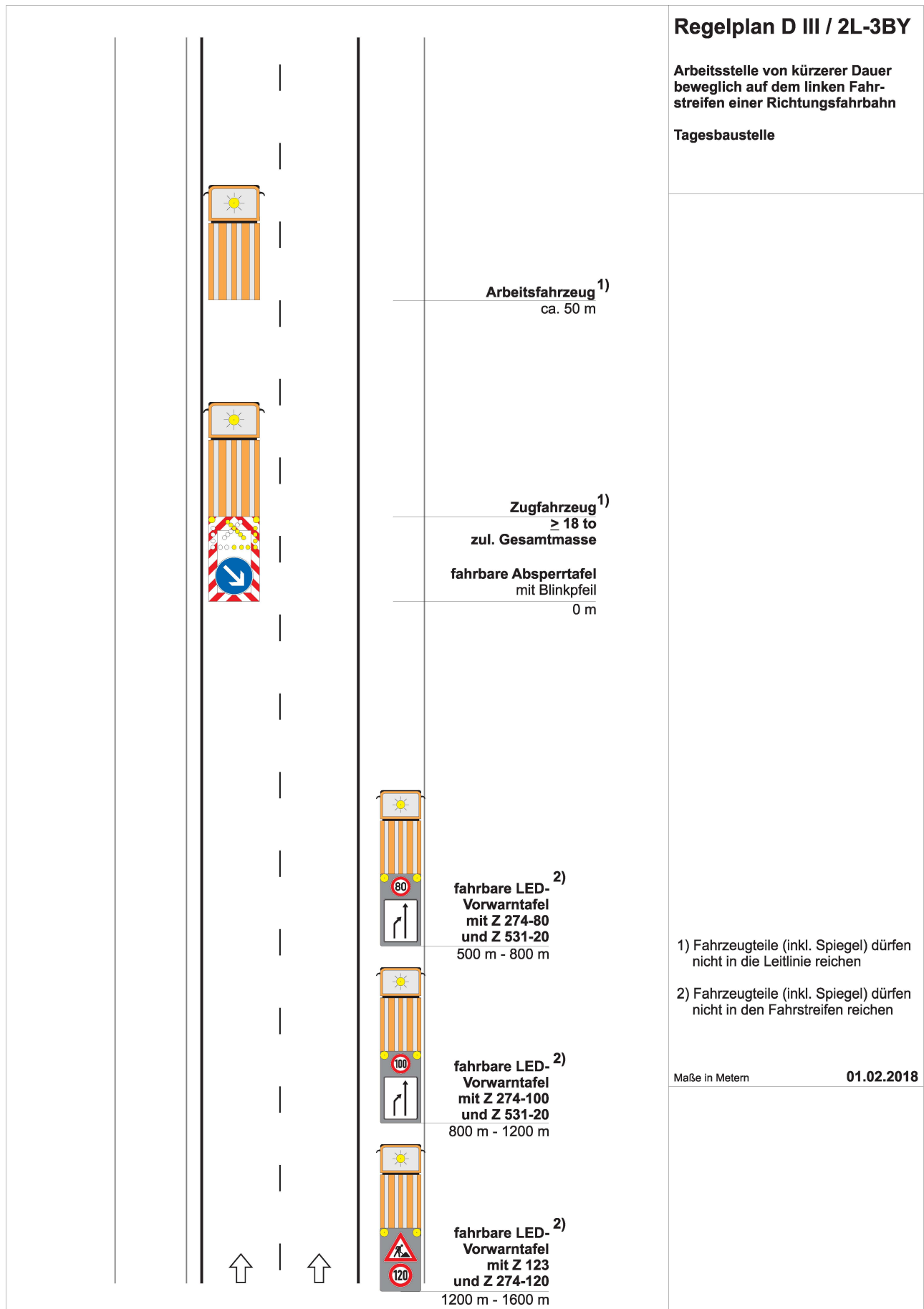
Dr. Thomas G r u b e r
Ministerialdirektor

Bayerisches Staatsministerium
des Innern für Sport und Integration

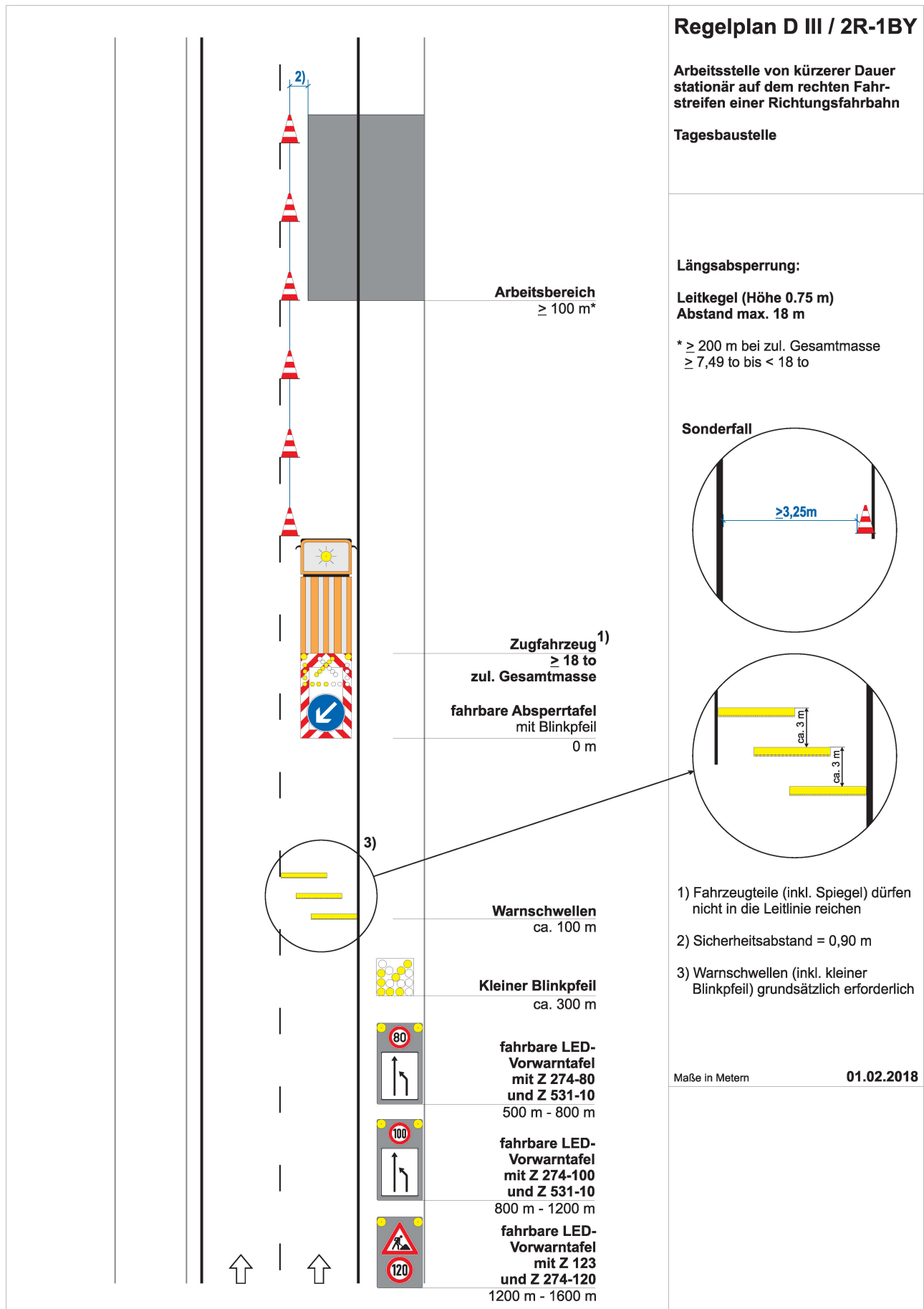
Karl Michael S c h e u f e l e
Ministerialdirektor

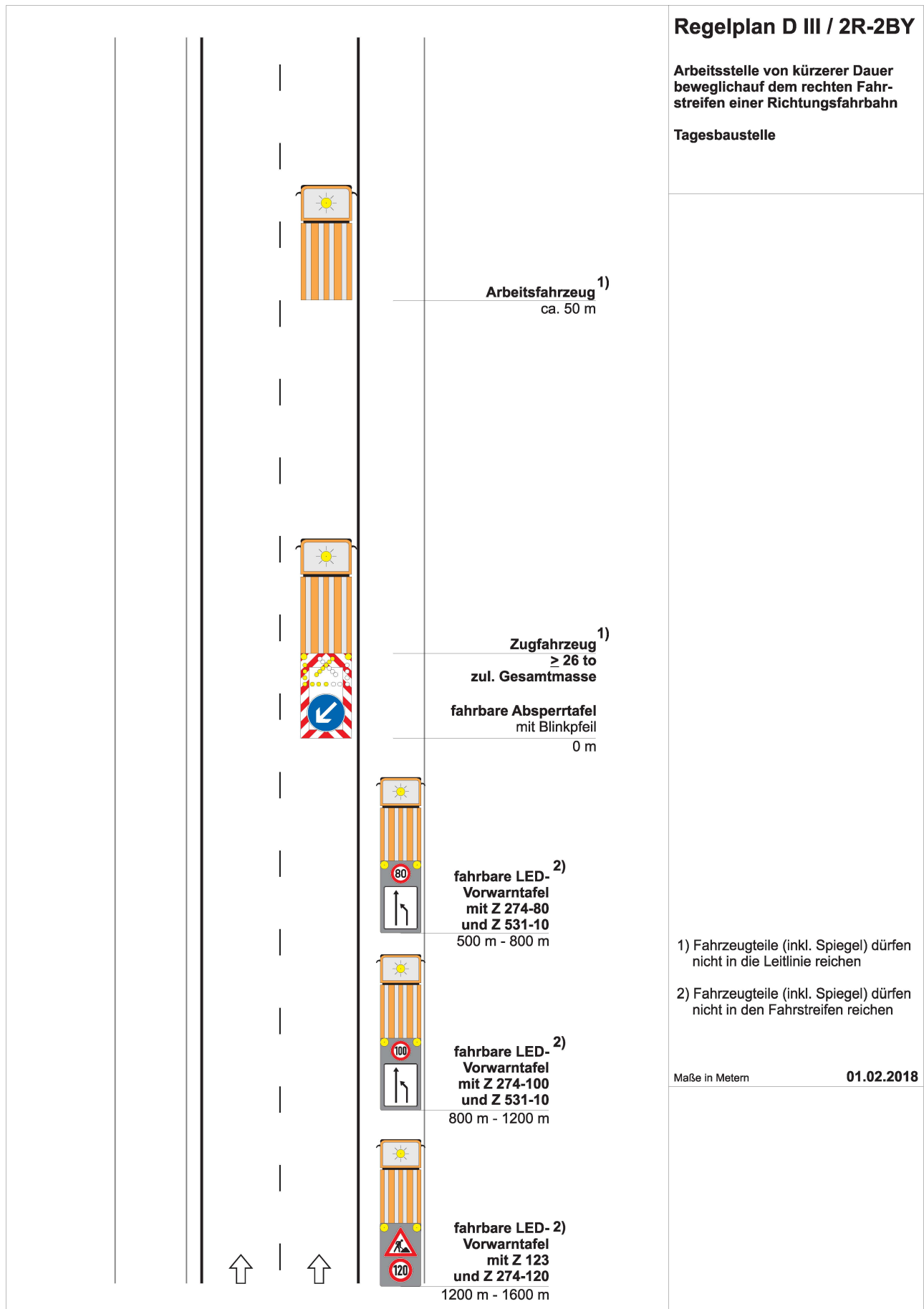




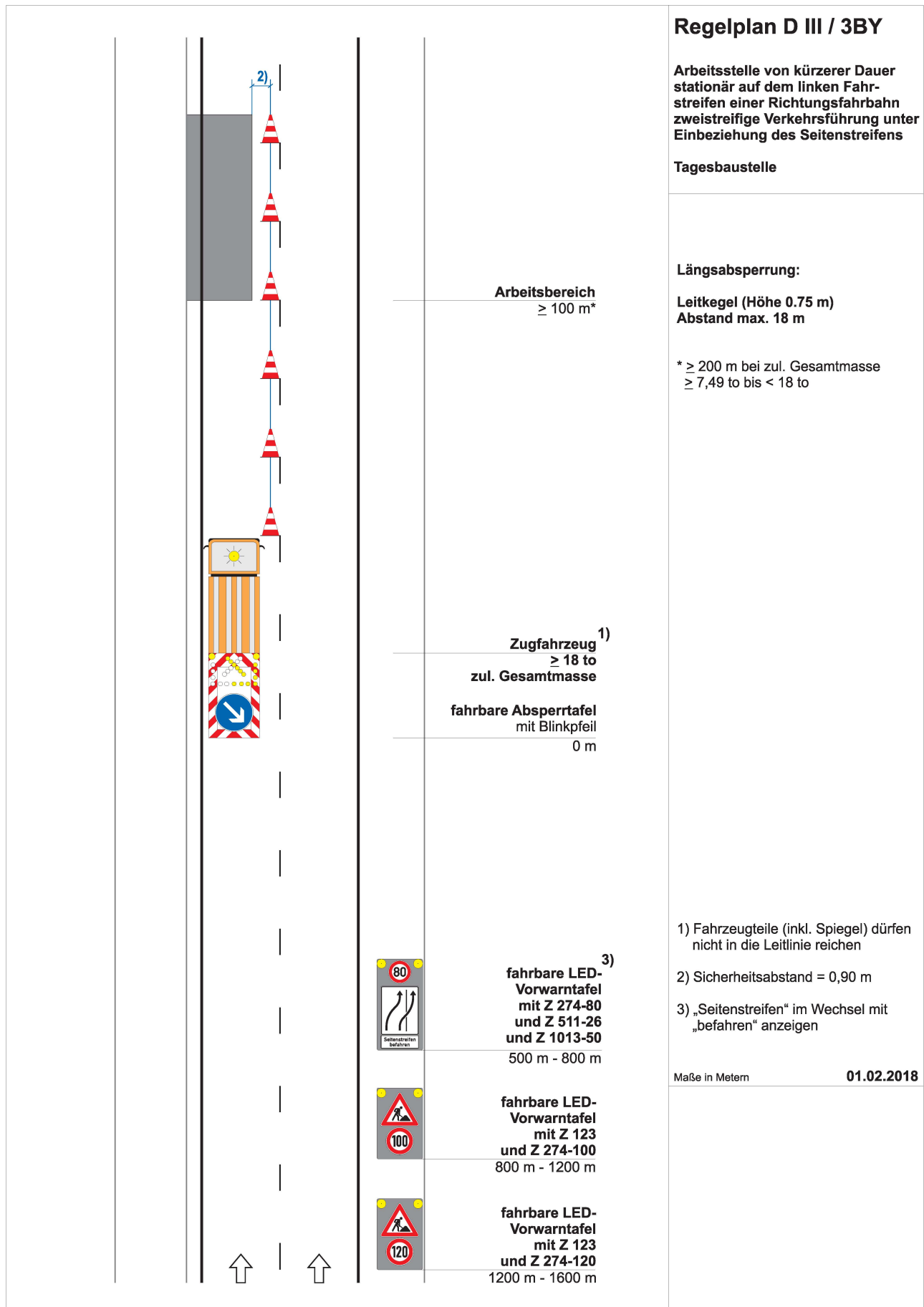


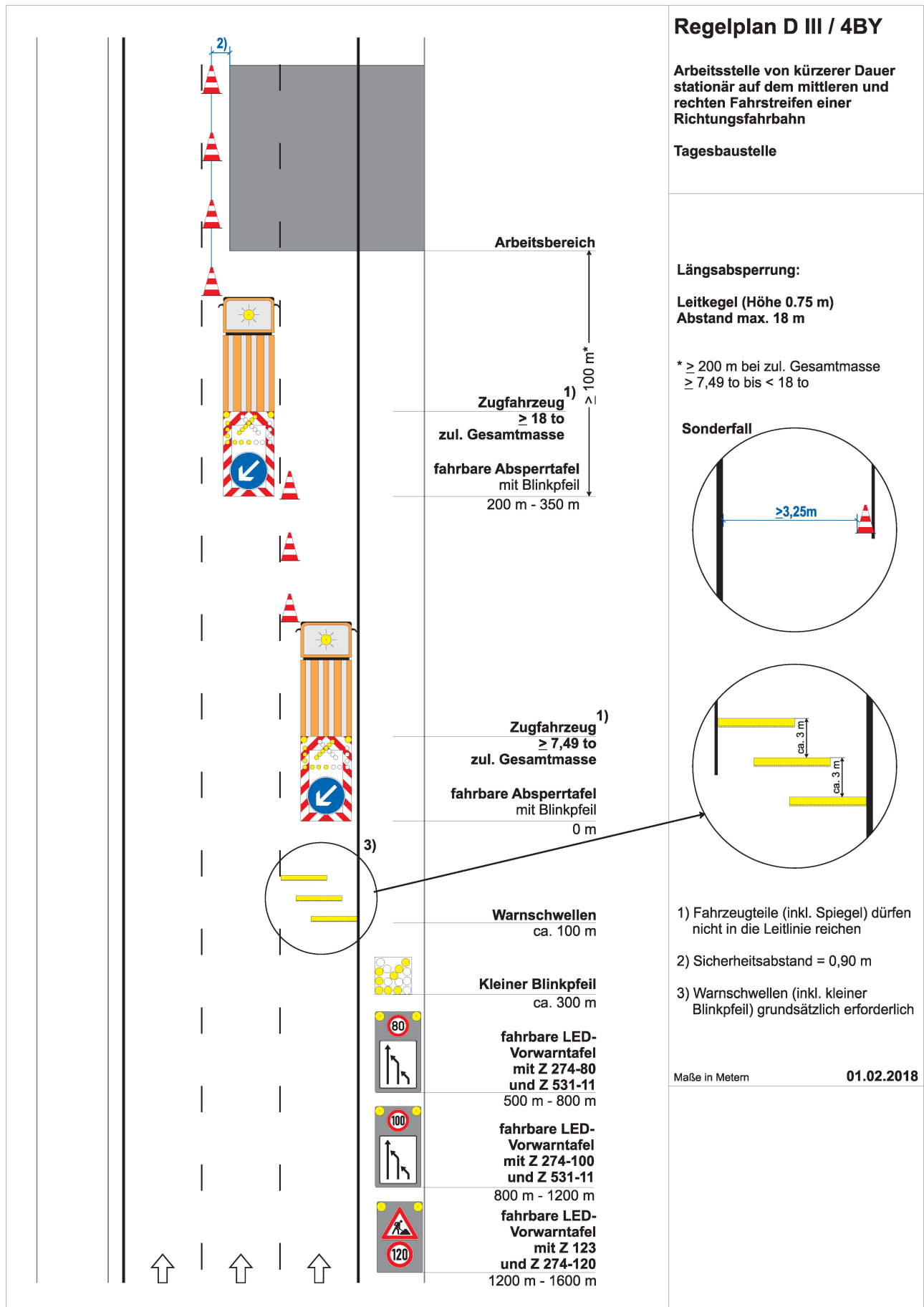
Regelplan D III / 2L-4BY Arbeitsstelle von kürzerer Dauer beweglich auf dem linken Fahrstreifen einer Richtungsfahrbahn Tagesbaustelle Beschäftigte auf der Fahrbahn	Arbeitsbereich/¹⁾ Arbeitsfahrzeug ca. 50 m* Zugfahrzeug¹⁾ ≥ 18 to zul. Gesamtmasse fahrbare Absperrtafel mit Blinkpfeil 0 m fahrbare LED-²⁾ Vorwarntafel mit Z 274-80 und Z 531-20 500 m - 800 m fahrbare LED-²⁾ Vorwarntafel mit Z 274-100 und Z 531-20 800 m - 1200 m fahrbare LED-²⁾ Vorwarntafel mit Z 123 und Z 274-120 1200 m - 1600 m 1) Fahrzeugteile (inkl. Spiegel) dürfen nicht in die Leitlinie reichen 2) Fahrzeugteile (inkl. Spiegel) dürfen nicht in den Fahrstreifen reichen 3) Sicherheitsabstand = 0,90 m Maße in Metern 01.02.2018











Regelplan D III / 5-1BY

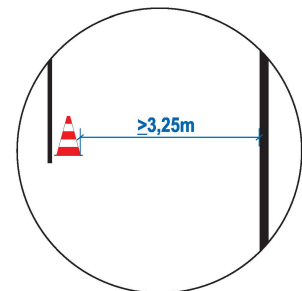
Arbeitsstelle von kürzerer Dauer
stationär auf dem linken und
mittleren Fahrstreifen einer
Richtungsfahrbahn

Tagesbaustelle

Längsabspernung:

Leitkegel (Höhe 0.75 m)
Abstand max. 18 m

* ≥ 200 m bei zul. Gesamtmasse
 $\geq 7,49$ to bis < 18 to

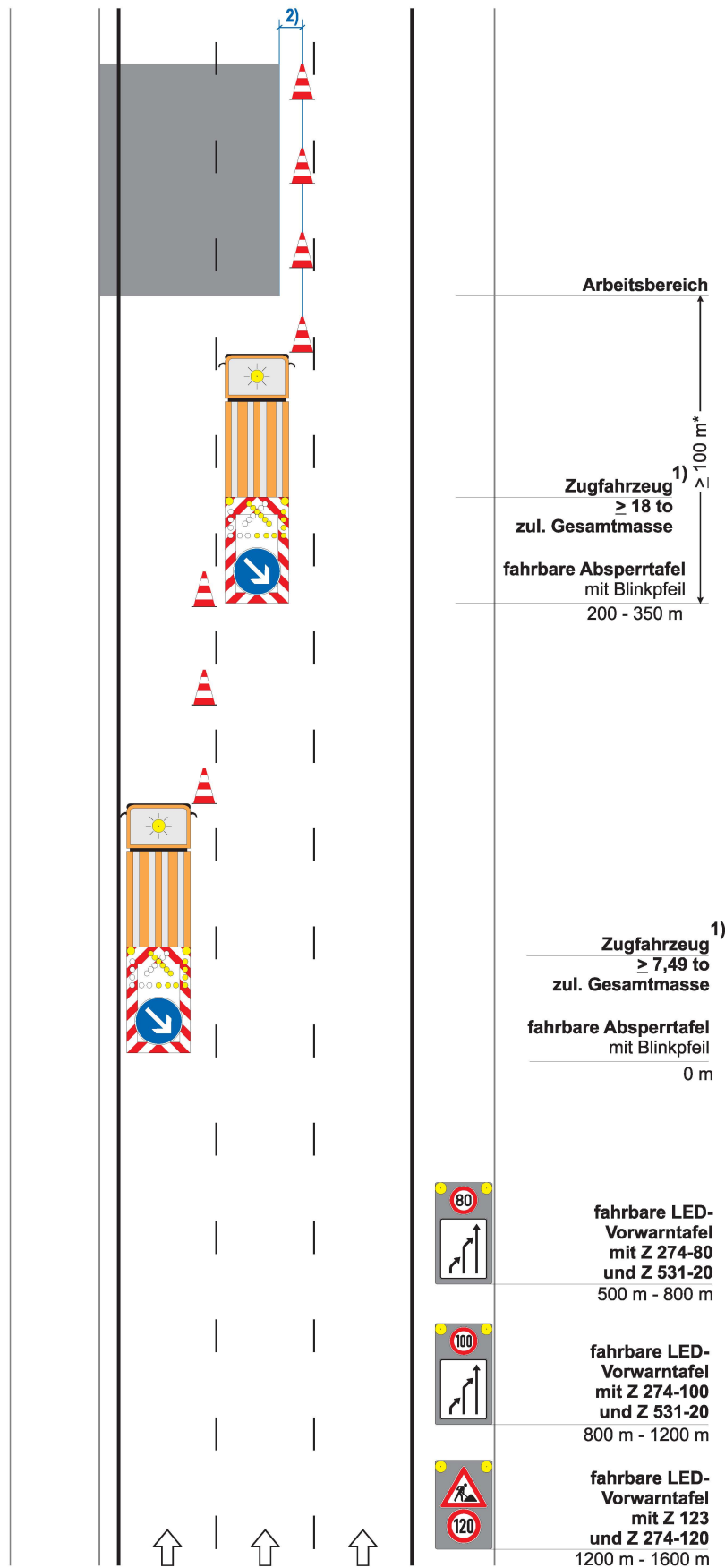
Sonderfall

1) Fahrzeugteile (inkl. Spiegel) dürfen
nicht in die Leitlinie reichen

2) Sicherheitsabstand = 0,90 m

Maße in Metern

01.02.2018



Regelplan D III / 5-2BY

**Arbeitsstelle von kürzerer Dauer
stationär auf dem linken und
mittleren Fahrstreifen einer
Richtungsfahrbahn
zweistreifige Verkehrsführung unter
Einbeziehung des Standstreifens**

Tagesbaustelle

Längsabspernung:

Leitkegel (Höhe 0.75 m)
Abstand max. 18 m

* ≥ 200 m bei zul. Gesamtmasse
 $\geq 7,49$ to bis < 18 to

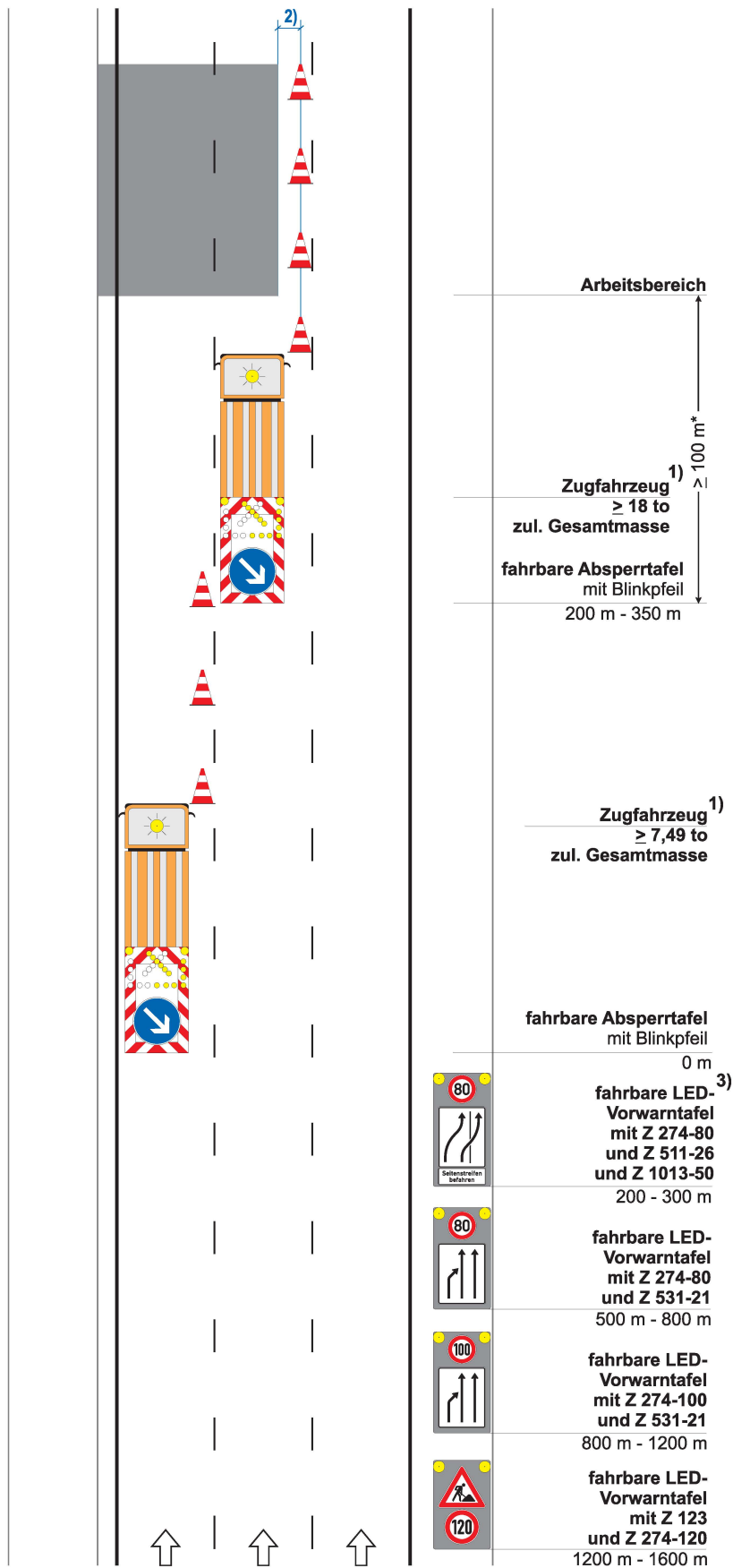
1) Fahrzeugteile (inkl. Spiegel) dürfen nicht in die Leitlinie reichen

2) Sicherheitsabstand = 0,90 m

3) „Seitenstreifen“ im Wechsel mit „befahren“ anzeigen

Maße in Metern

01.02.2018



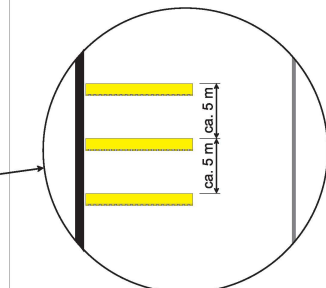
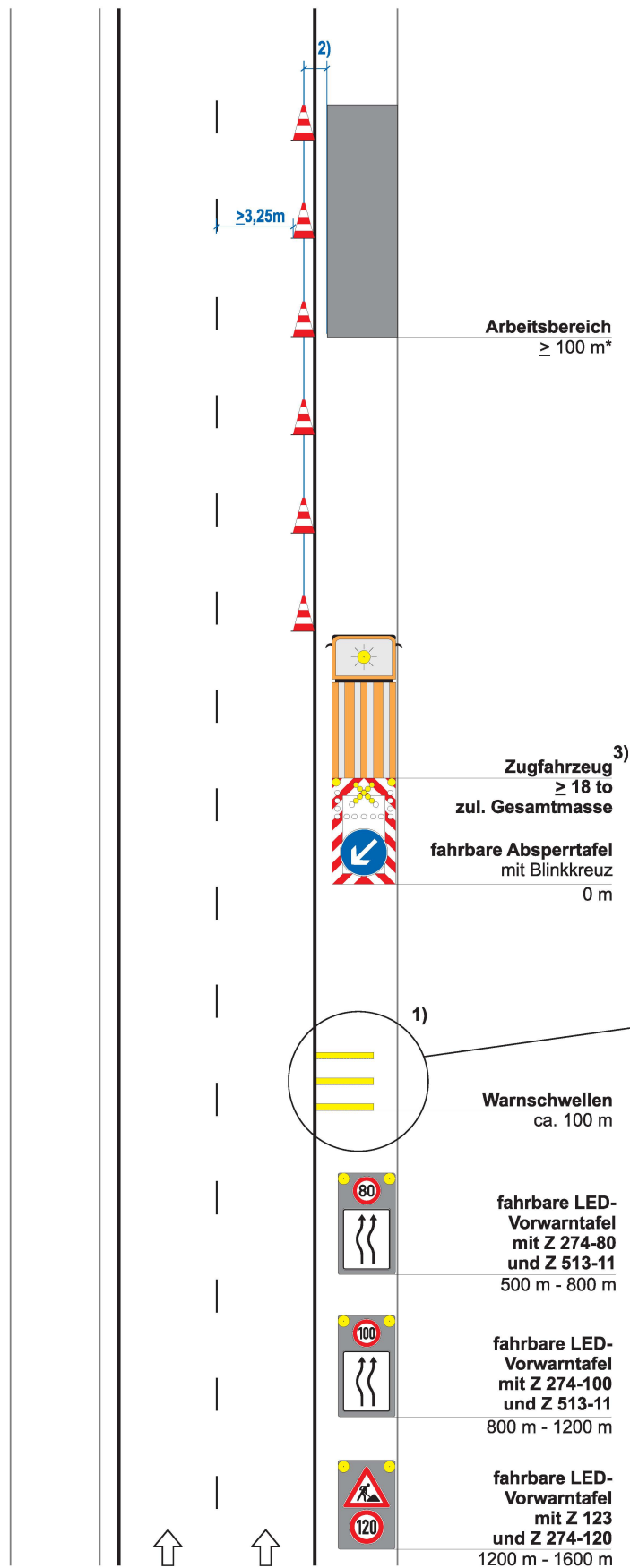
Regelplan D III / 6-1aBY

Arbeitsstelle von kürzerer Dauer stationär auf dem befestigten Seitenstreifen einer Richtungsfahrbahn mit Einengung des 1. Fahrstreifens

Tagesbaustelle**Längsabspernung:**

**Leitkegel (Höhe 0.75 m)
Abstand max. 18 m**

* ≥ 200 m bei zul. Gesamtmasse $\geq 7,49$ to bis < 18 to



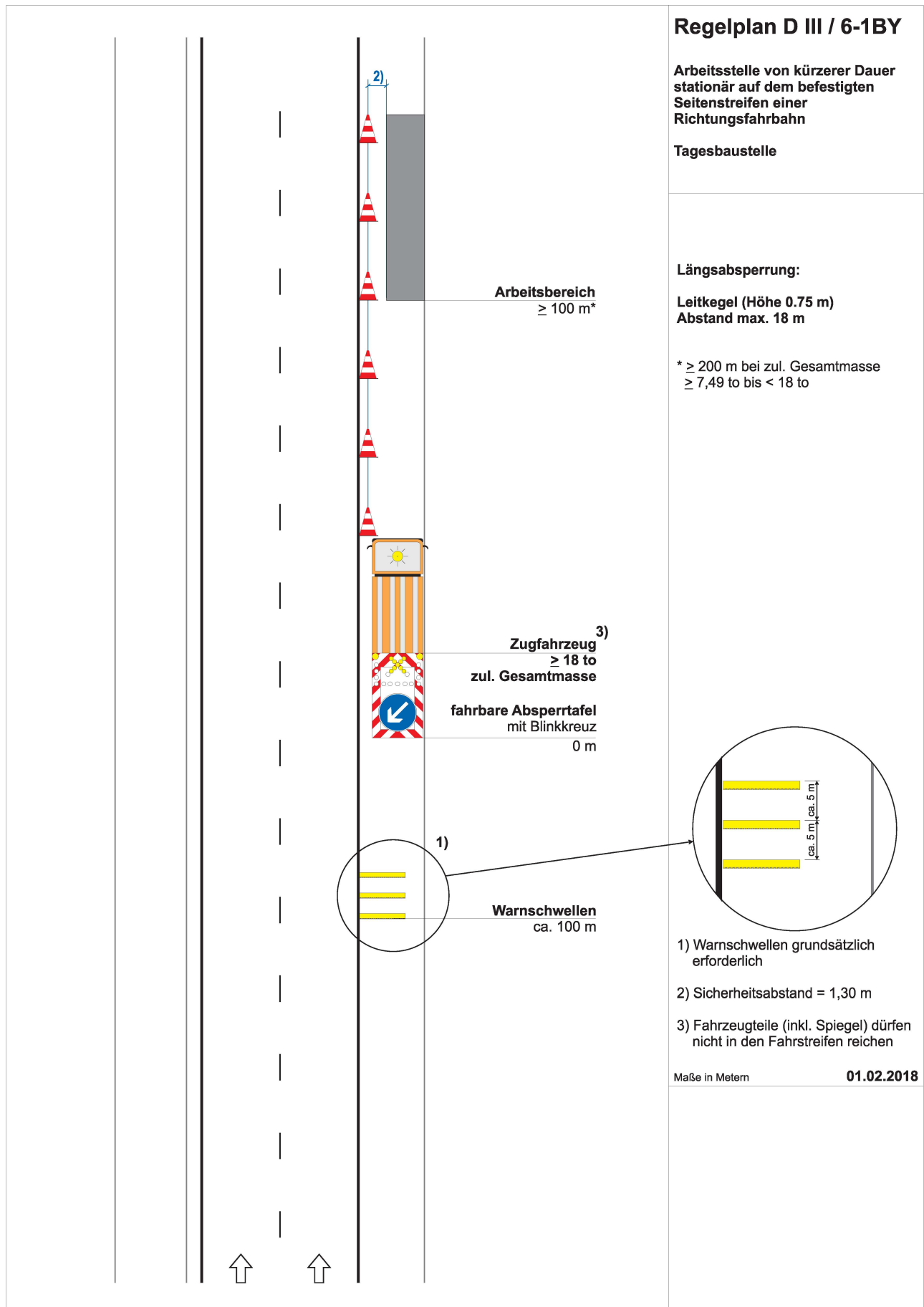
1) Warnschwellen grundsätzlich erforderlich

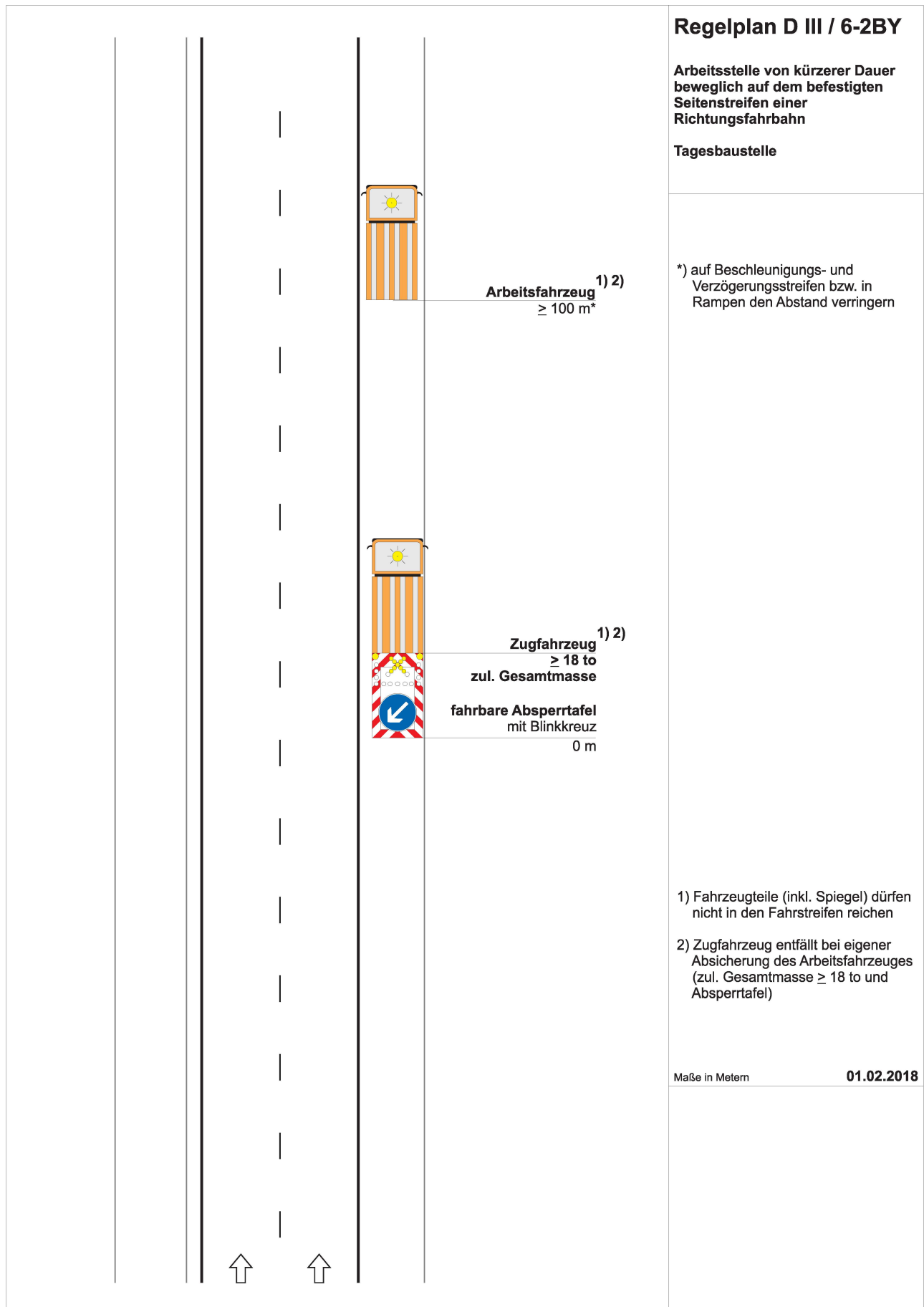
2) Sicherheitsabstand = 0,90 m

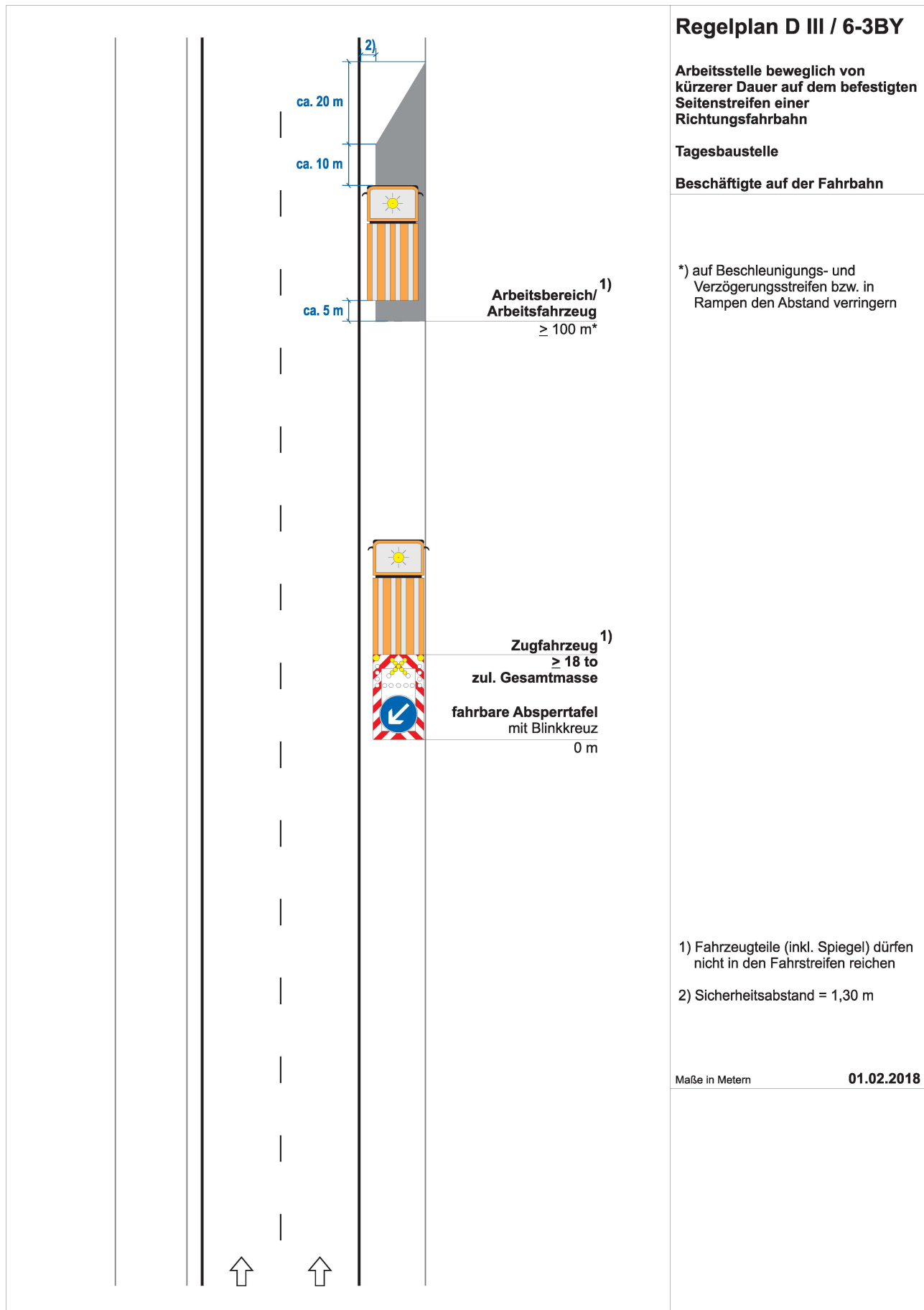
3) Fahrzeugteile (inkl. Spiegel) dürfen nicht in den Fahrstreifen reichen

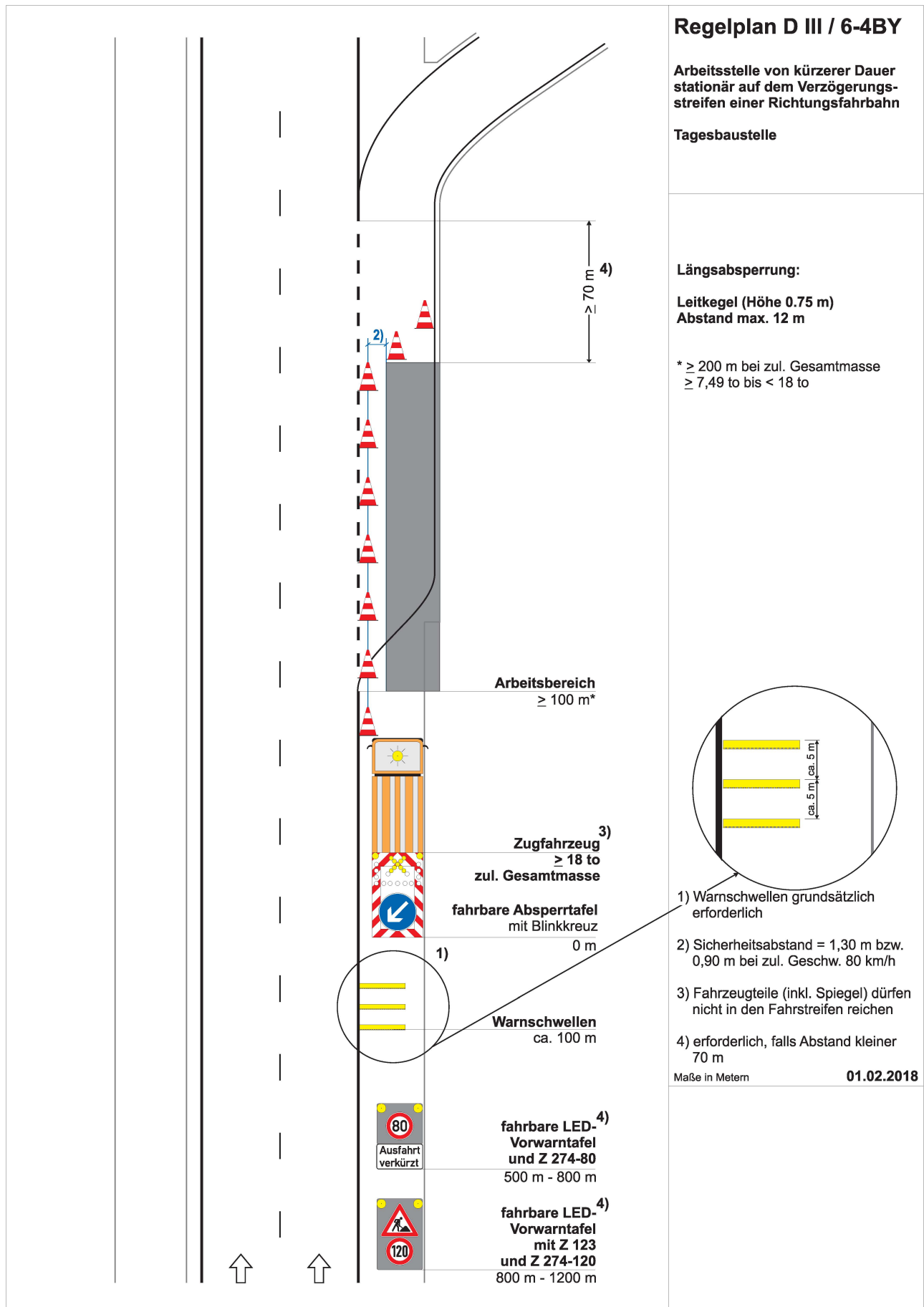
Maße in Metern

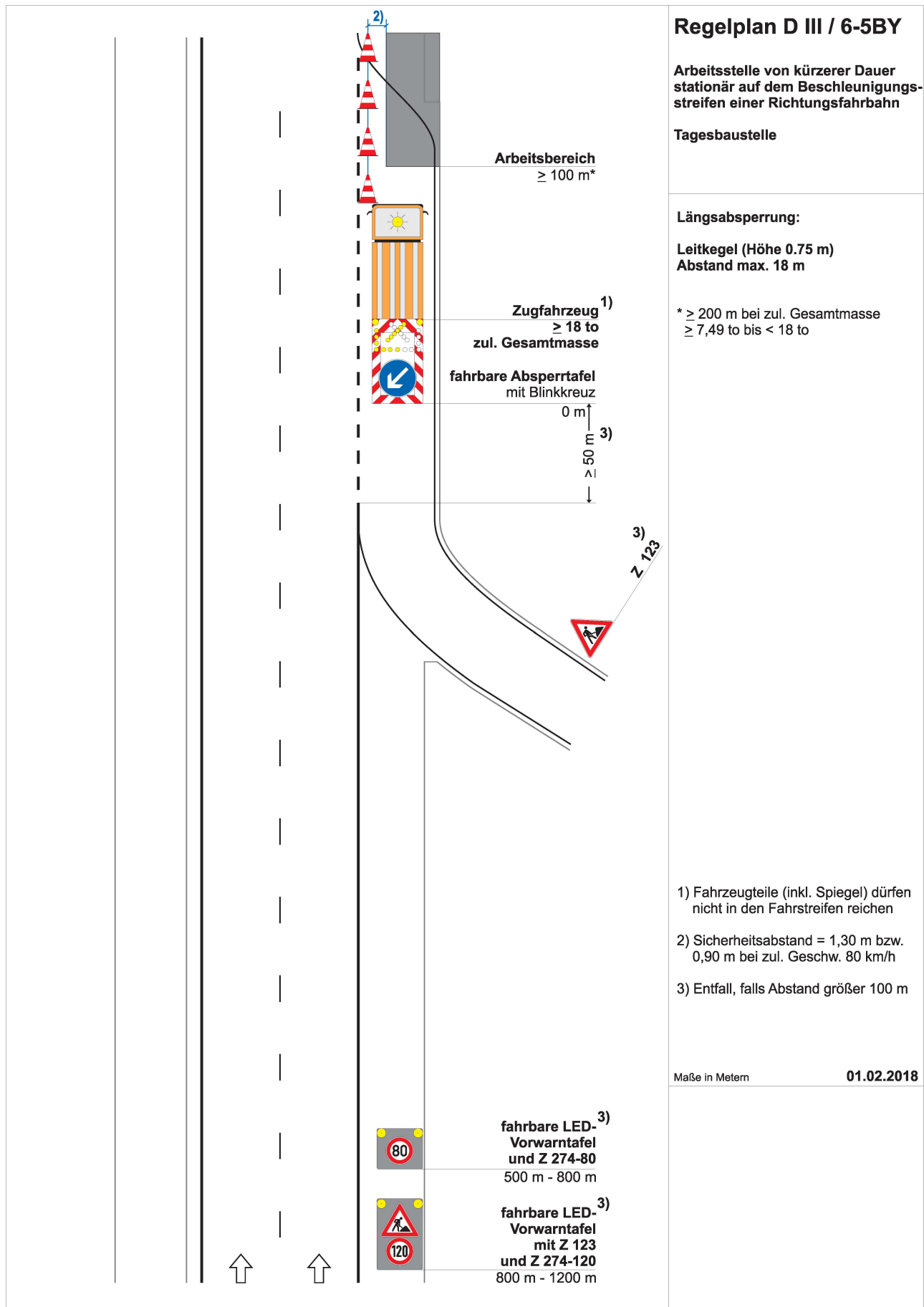
01.02.2018











Regelplan D III / 6-6BY

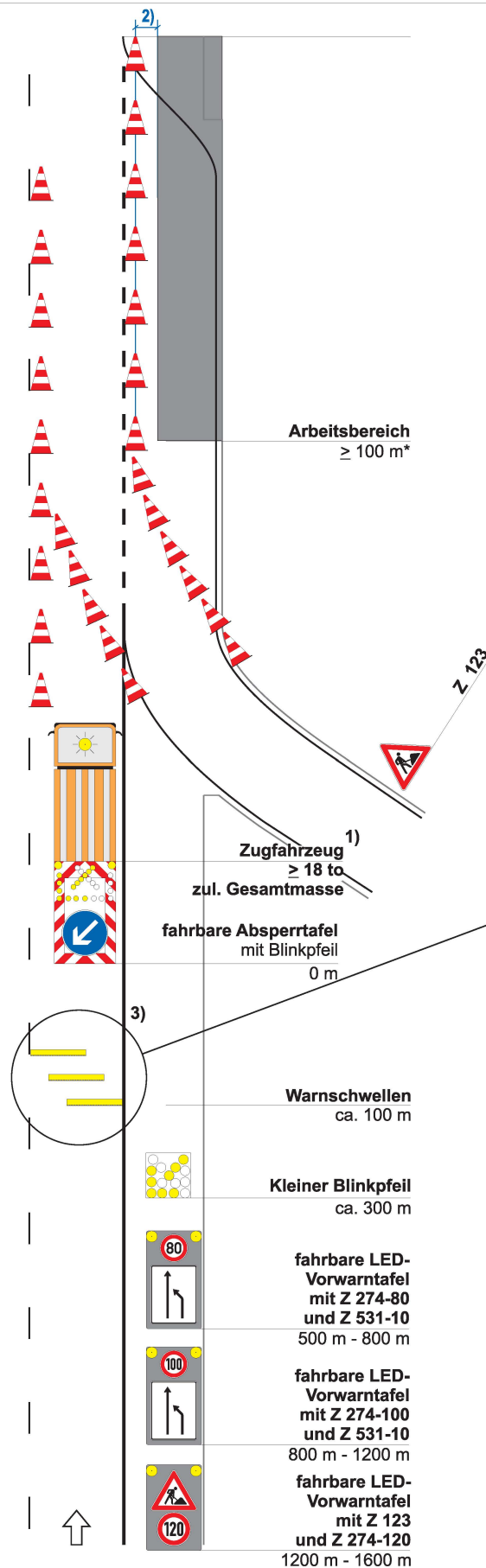
Arbeitsstelle von kürzerer Dauer stationär auf dem Beschleunigungsstreifen einer Richtungsfahrbahn

Tagesbaustelle

Längsabspernung:

**Leitkegel (Höhe 0.75 m)
Abstand max. 12 m**

* ≥ 200 m bei zul. Gesamtmasse $\geq 7,49$ to bis < 18 to



- 1) Fahrzeugteile (inkl. Spiegel) dürfen nicht in die Leitlinie reichen
- 2) Sicherheitsabstand = 0,90 m
- 3) Warnschwellen (inkl. kleiner Blinkpfeil) grundsätzlich erforderlich

Maße in Metern

01.02.2018

Regelplan D IV / 2L-1BY

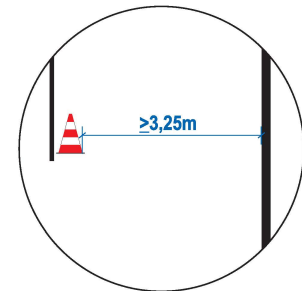
Arbeitsstelle von kürzerer Dauer stationär auf dem linken Fahrstreifen einer Richtungsfahrbahn

Nachtbaustelle

Längsabspernung:

**Leitkegel (Höhe 0.75 m)
Abstand max. 18 m**

* ≥ 200 m bei zul. Gesamtmasse
 $\geq 7,49$ to bis < 18 to

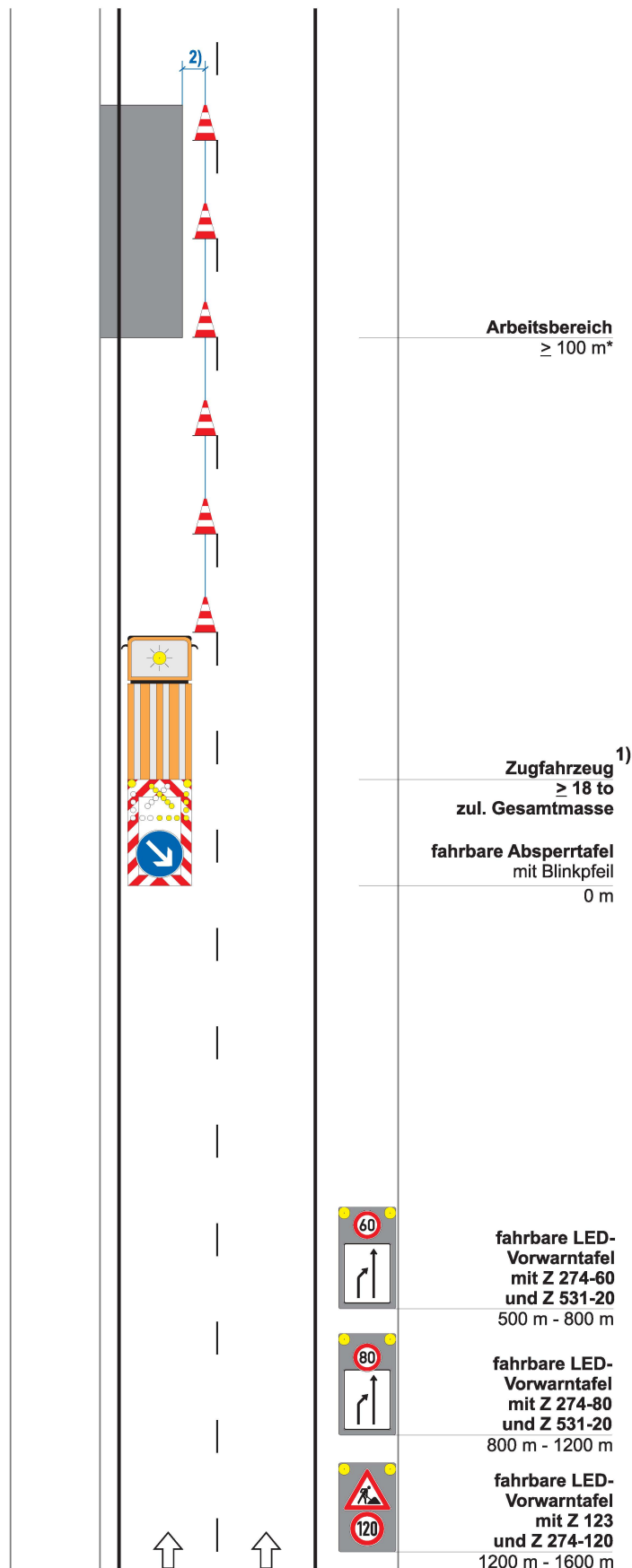
Sonderfall

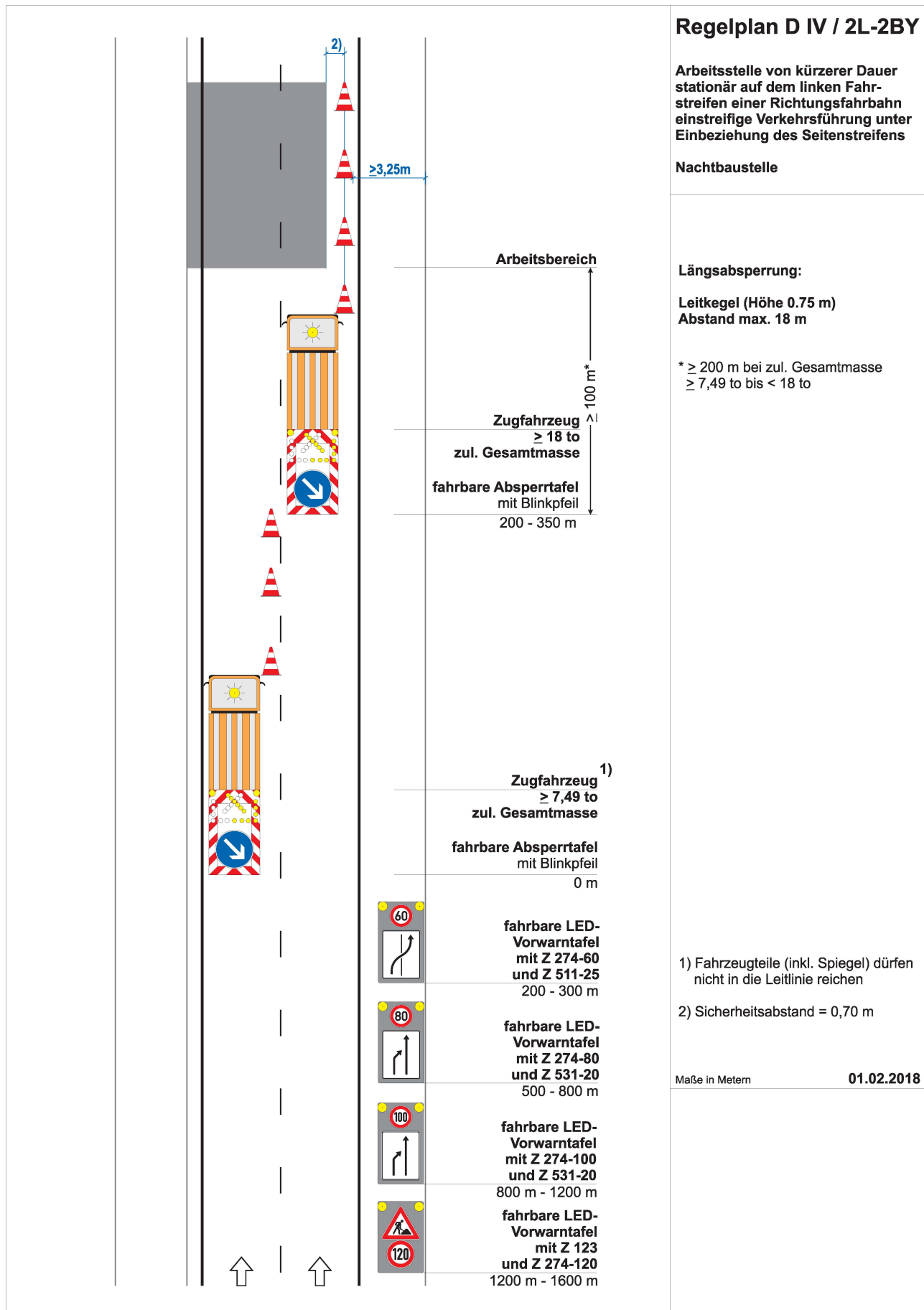
1) Fahrzeugteile (inkl. Spiegel) dürfen nicht in die Leitlinie reichen

2) Sicherheitsabstand = 0,70 m

Maße in Metern

01.02.2018





Regelplan D IV / 2R-1BY

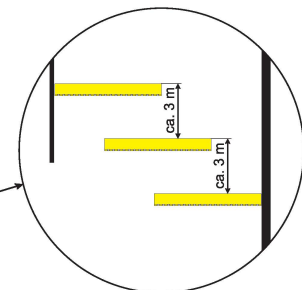
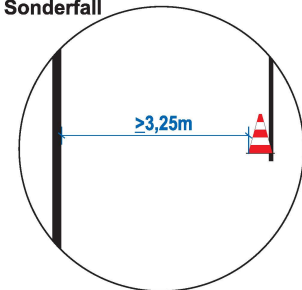
Arbeitsstelle von kürzerer Dauer stationär auf dem rechten Fahrstreifen einer Richtungsfahrbahn

Nachtbaustelle

Längsabspernung:

**Leitkegel (Höhe 0.75 m)
Abstand max. 18 m**

* ≥ 200 m bei zul. Gesamtmasse $\geq 7,49$ to bis < 18 to

Sonderfall

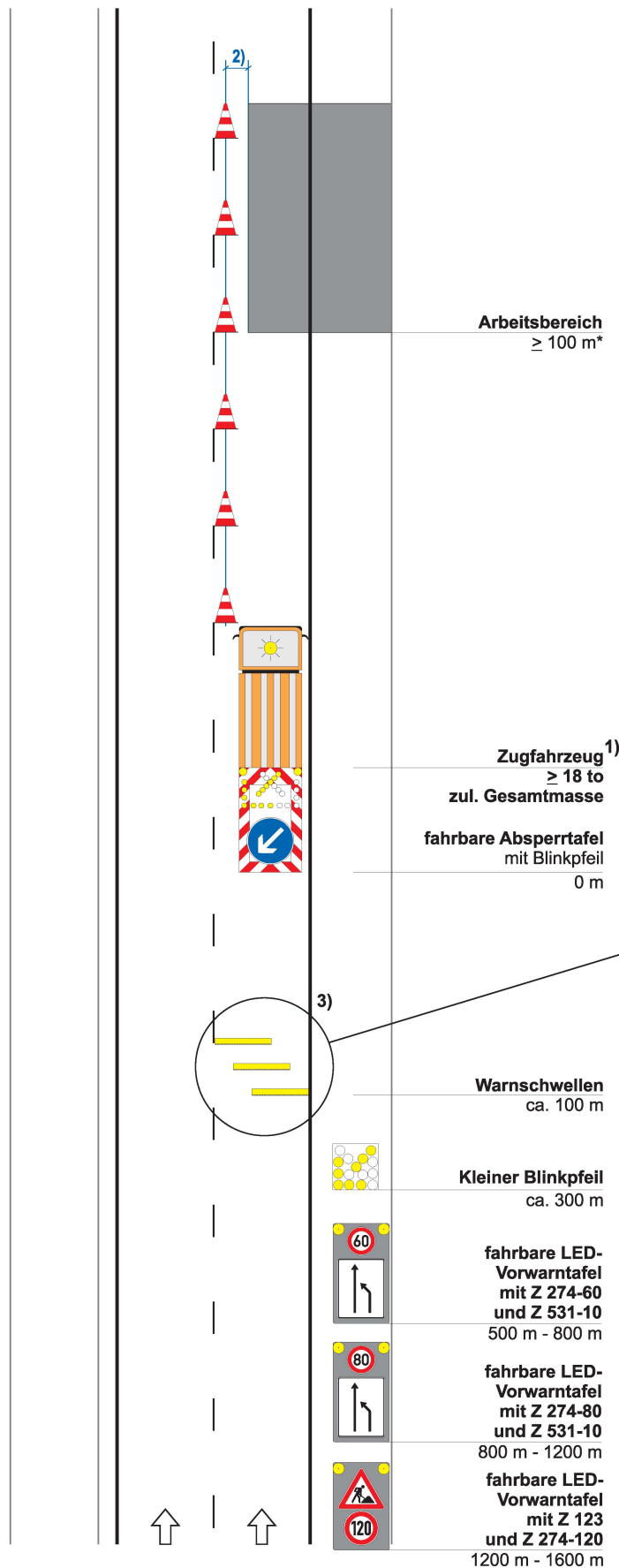
1) Fahrzeugteile (inkl. Spiegel) dürfen nicht in die Leitlinie reichen

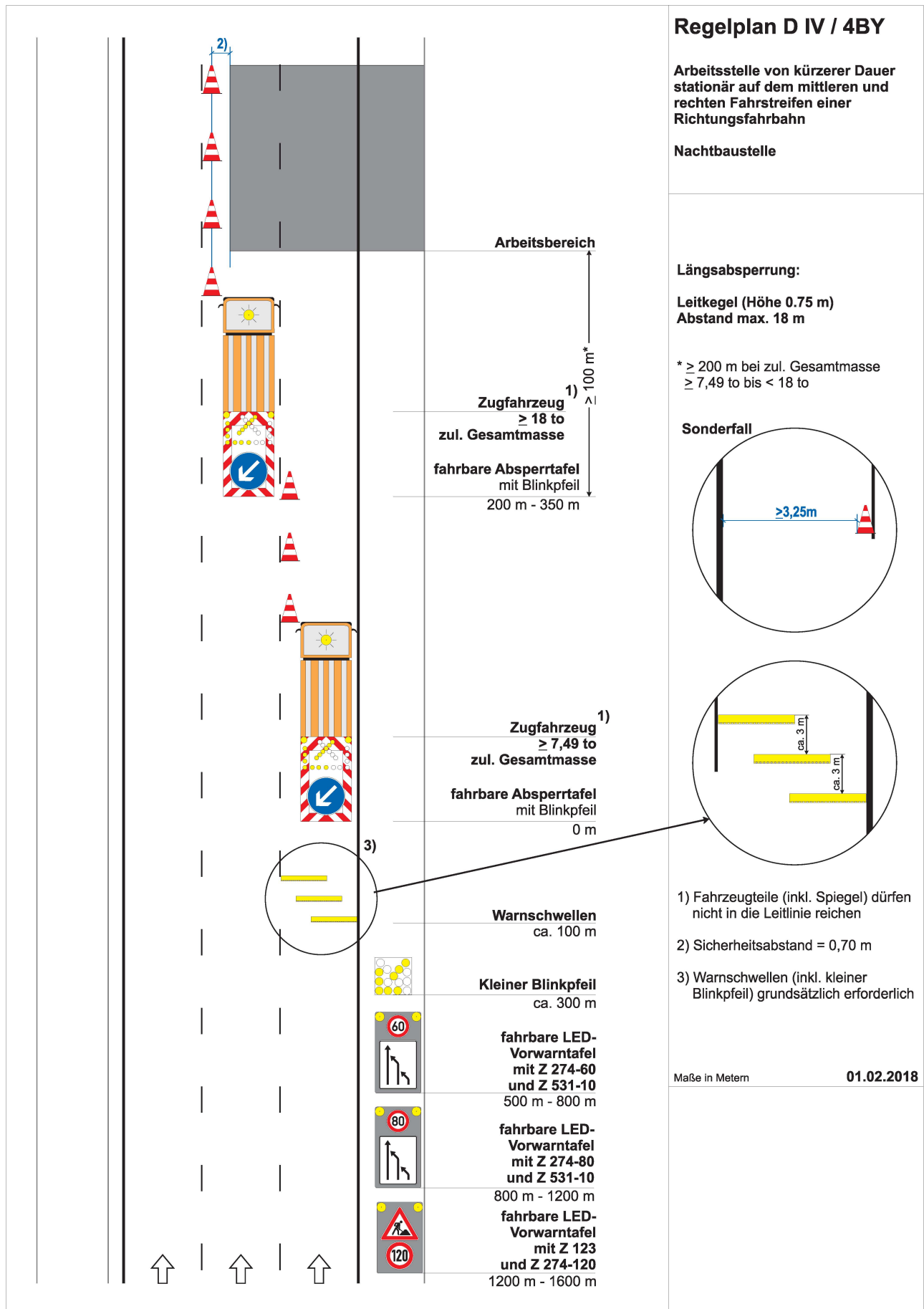
2) Sicherheitsabstand = 0,70 m

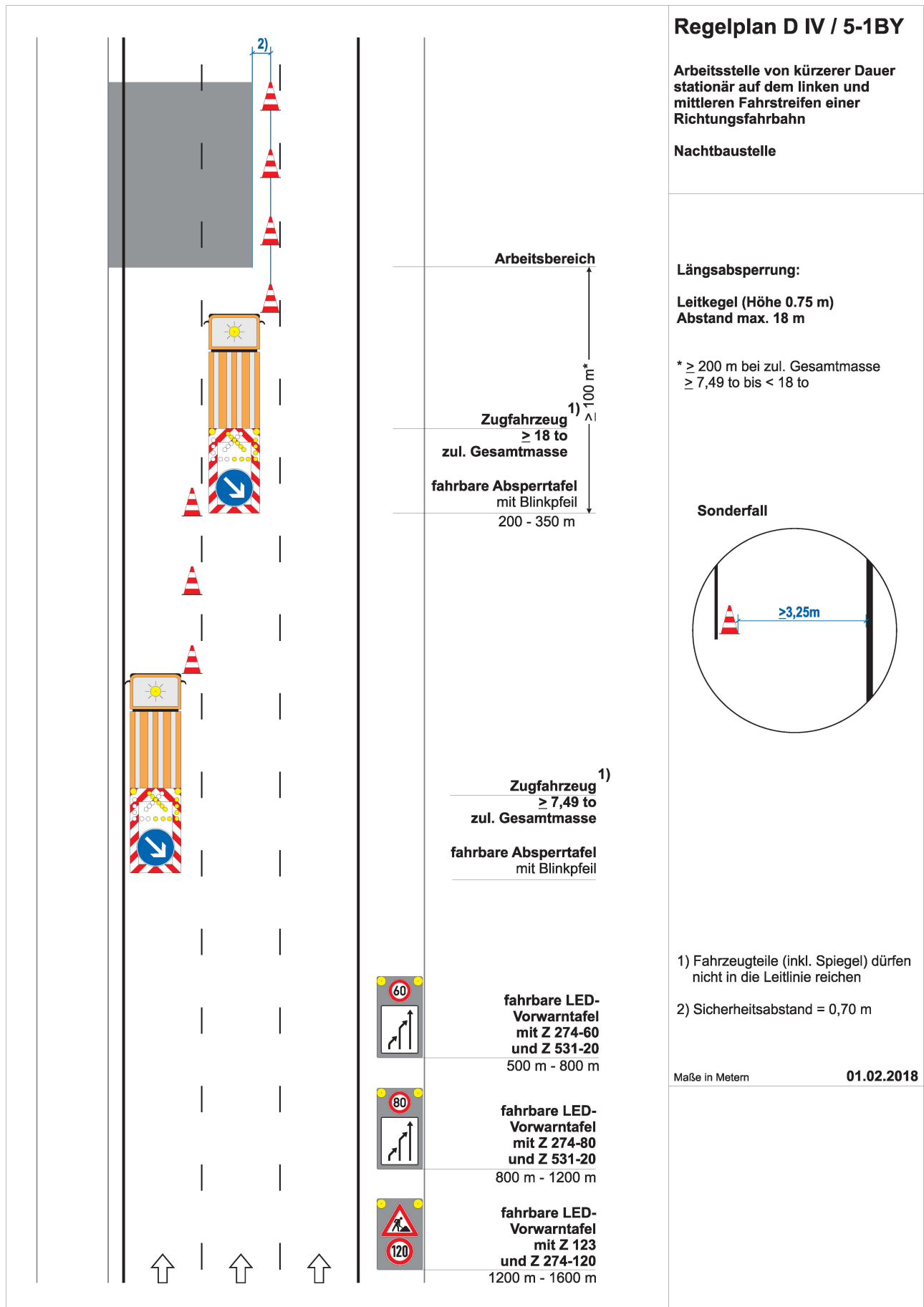
3) Warnschwellen (inkl. kleiner Blinkpfeil) grundsätzlich erforderlich

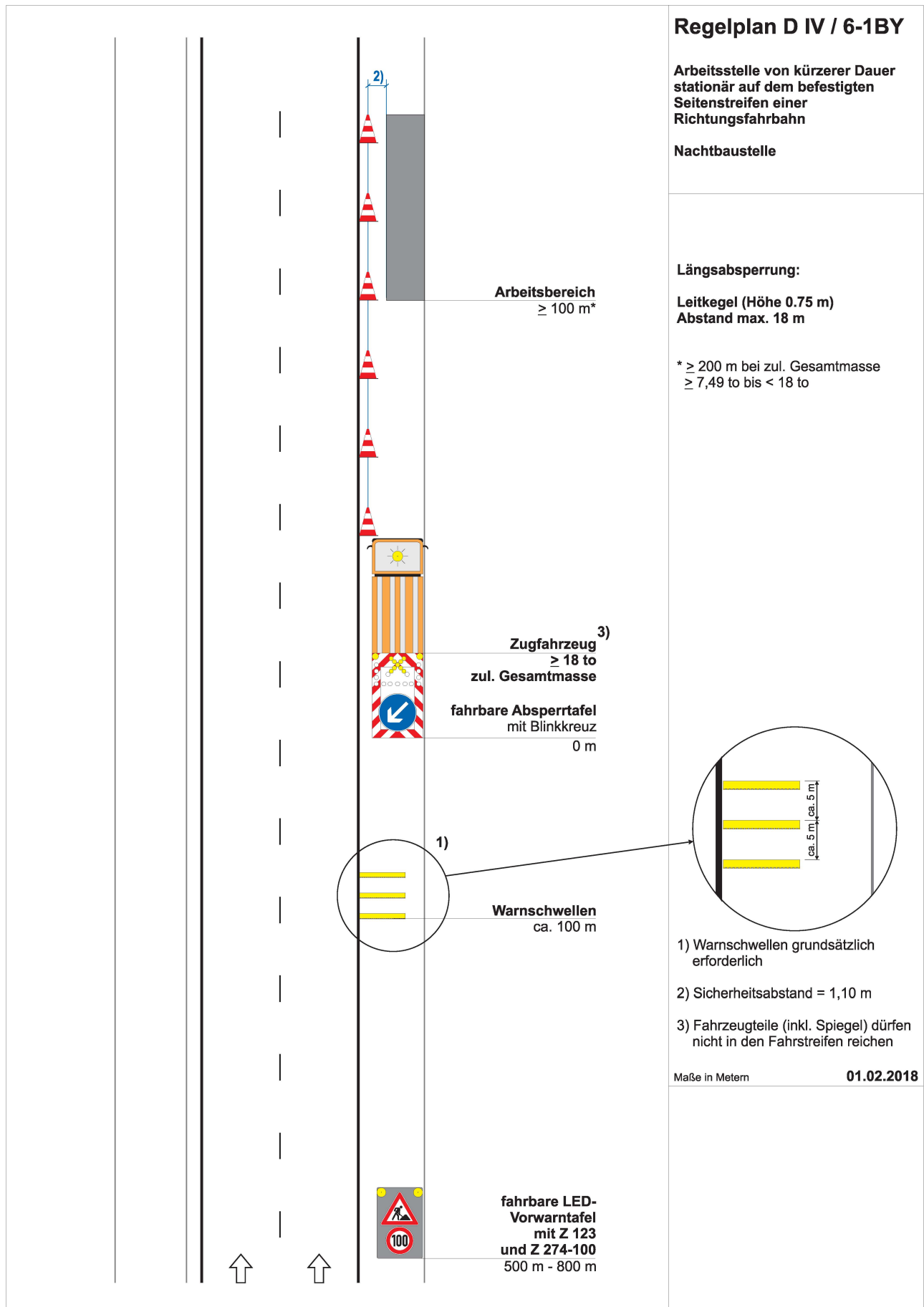
Maße in Metern

01.02.2018









Impressum

Herausgeber:

Bayerische Staatskanzlei, Franz-Josef-Strauß-Ring 1, 80539 München

Postanschrift: Postfach 220011, 80535 München

Telefon: +49 (0)89 2165-0, E-Mail: direkt@bayern.de

Technische Umsetzung:

Bayerische Staatsbibliothek, Ludwigstraße 16, 80539 München

Druck:

Justizvollzugsanstalt Landsberg am Lech, Hindenburgring 12, 86899 Landsberg am Lech

Telefon: +49 (0)8191 126-725, Telefax: +49 (0)8191 126-855, E-Mail: druckerei.ll@jv.bayern.de

ISSN 2627-3411

Erscheinungshinweis / Bezugsbedingungen:

Das Bayerische Ministerialblatt (BayMBI.) erscheint nach Bedarf, regelmäßiger Tag der Veröffentlichung ist Mittwoch. Es wird im Internet auf der Verkündungsplattform Bayern www.verkuendung.bayern.de veröffentlicht. Das dort eingestellte elektronische PDF/A-Dokument ist die amtlich verkündete Fassung. Die Verkündungsplattform Bayern ist für jedermann kostenfrei verfügbar.

Ein Ausdruck der verkündeten Amtsblätter kann bei der Justizvollzugsanstalt Landsberg am Lech gegen Entgelt bestellt werden. Nähere Angaben zu den Bezugsbedingungen können der Verkündungsplattform Bayern entnommen werden.